



Schweizer Politmonument: Der ehemalige FDP-Chef Franz Steinegger steht heute an der Spitze der NZZ.

Franz Steinegger

Der ewige Präsident

Der Urner Franz Steinegger gehört zu den prominentesten Ex-Politikern. Obwohl seit über zehn Jahren nicht mehr im Amt, ist er für viele immer noch der «gefühlte FDP-Präsident». Jetzt ist sein Rat wieder gefragt: Nach dem Rücktritt von Konrad Hummler als NZZ-Verwaltungsratspräsident ist der 69-jährige Steinegger an die Spitze des Weltblattes gerückt.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Marc Wetli**

Herr Steinegger, Sie tragen den Übernamen «Katastrophen-Franz». Nun scheint Ihr Rat wieder überall gefragt: als interimistischer NZZ-Präsident, als «Retter» des Sawiris-Projekts oder als derjenige, welcher uns die Befindlichkeit der Bergregionen nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative erklären kann. Freuen Sie sich darüber?

(Lacht.) So schlimm ist es wirklich nicht. Aber Sie haben recht: Nach dem Rückzug von Konrad Hummler wurde ich überraschend Verwaltungsratspräsident der NZZ. Als Präsident der Andermatt-Gotthard-Sportbahnen beschäftige ich mich schon seit Längerem mit dem Sawiris-Projekt, und als Bewohner eines Bergkantons habe ich das Resultat der Zweitwohnungsinitiative selbstverständlich mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen, obwohl es mich direkt nicht tangiert.

Beginnen wir mit der NZZ. Wie ist Ihre Befindlichkeit, endlich an der Spitze dieser prestigeträchtigen Zeitung zu stehen?

Ich wurde zufällig in dieses Amt gewählt, weil der amtierende Präsident, Konrad Hummler, aufgrund der ganzen Auseinandersetzung mit den USA, mit seiner damaligen Bank, der Bank Wegelin, unter enormen Druck geraten ist. Ich gehöre aber zu den Senioren im Verwaltungsrat. Aufgrund der Statuten werde ich 2013 bereits wieder aus dem Verwaltungsrat ausscheiden.

War es richtig, dass Konrad Hummler im Verwaltungsrat bleibt?

Selbstverständlich. Die ganzen Diskussionen

rund um die Bank Wegelin haben mit seiner Aufgabe bei der NZZ nichts zu tun. Er wurde von den Amerikanern nie persönlich avisiert. Man kann ihm auch nicht den Vorwurf machen, dass er Schweizer Recht verletzt habe. Deshalb schien es mir die richtige Lösung, seine Präsidentschaft zu sistieren und eine neue Lösung einzuschlagen.

Mit der Möglichkeit, dass er zurückkommt?

Dies hängt von der Situation von Konrad Hummler und den Bedürfnissen der Unternehmung NZZ ab.

«Wenn der Verwaltungsrat eine Strategie vorgibt, muss man denjenigen den Rücken stärken, die sie durchsetzen müssen.»

Kann man als «Übergangspräsident» überhaupt etwas bewirken?

Man unterschätzt dieses Amt. Auch ein Übergangspräsident muss die laufenden Arbeiten erledigen. Es war ein langer Weg, bis die neue Strategie der NZZ endlich stand, zu welchem der Verwaltungsrat einen erheblichen Aufwand leistete. Nun geht es darum, dass der beschlossene Weg auch eingehalten wird.

Das ist doch selbstverständlich.

Nicht unbedingt. Strategieentwicklung ist immer eine grosse Veranstaltung. Entscheidend

ist aber, dass Strategien umgesetzt werden. Viele Strategien sind von gescheiterten neuen Strategien abgelöst worden, ohne dass sich etwas verändert hat. Eine folgenlose Strategiediskussion möchte ich mit aller Kraft verhindern.

Konkret?

Beispielsweise ist die Paywall beschlossene Sache. In Zukunft müssen die User bezahlen, wenn sie unsere Internetdienste benutzen. Die grösste Herausforderung besteht nun in der Integration der Produktion, das heisst, unsere Journalisten produzieren nun gleichzeitig für Print und Online. Uns ist klar, dass es sich dabei um zwei verschiedene Medien handelt, trotzdem wollen wir sämtliche Ansprüche unter einen Hut bringen. Ein Printjournalist der NZZ sollte in Zukunft auch in der Lage sein, Internetartikel zu publizieren. Wer dies nicht kann oder will, ist bei uns am falschen Platz.

Wie stark nehmen Sie als Verwaltungsratspräsident Einfluss aufs Tagesgeschäft?

Wenn der Verwaltungsrat eine Strategie vorgibt und diese auch beschliesst, muss er denjenigen den Rücken stärken, die sie durchsetzen müssen. In dieser Frage bin ich rigoros. Es kommt immer wieder vor, dass versucht wird, strategische Vorgaben versanden zu lassen, gelegentlich sogar unter Einbezug einzelner Verwaltungsratsmitglieder. Dies wollen wir in der NZZ verhindern.

Inwieweit spielt die FDP-Mitgliedschaft im Verwaltungsrat noch eine Rolle?

Diese ist nach wie vor ein Bestandteil der Vinkulierungsbestimmungen. Es ist Voraussetzung, dass man entweder FDP-Mitglied ist oder dem liberalen Gedankengut nahesteht, ohne in einer anderen Partei mitzumischen. Das heisst aber nicht, dass ich einem Journalisten Befehle erteilen darf.

Besteht diese Versuchung?

Das würde nichts nützen. Bereits in meiner Zeit als FDP-Präsident haben die *NZZ*-Journalisten nicht zwingend das Gespräch mit mir gesucht und diejenigen Fragen ge-

stellt, die für mich nützlich gewesen wären. Hinzu kommt, dass es für eine mehr oder weniger unabhängige Zeitung schwierig ist, vernünftige Vinkulierungsbestimmungen zu finden. Das Aktionariat sollte breit gestreut sein, und es sollten keine Positionen aufgebaut werden, welche das Problem einer Übernahme beinhalten könnten.

«Die Freunde der *NZZ*» sind immer gegen den Verwaltungsrat gestellt?

Gegen einen gewissen Druck aus Investorensicht ist nichts einzuwenden. Allerdings

benötigt man eine Grundsicherheit, damit man nicht zum Spielball von Übernahmep länen wird, welche vielleicht sogar mit einer politischen Motivation verbunden sind.

Das *St. Galler Tagblatt* plant eine eigene Sonntagszeitung. Dies könnte der *NZZ am Sonntag* erhebliche Schwierigkeiten bereiten.

Ich war früher Verwaltungsrat der Luzerner Zeitung, und wir hatten damals dasselbe Problem. Dabei zeigte sich aber, dass die *NZZ* und die *NZZ am Sonntag* im Vergleich zu den Regionalzeitungen ein anderes Publikum an-



Steinegger hat alles erreicht: Nur Bundesrat wurde er nicht.

sprechen. Diese Erfahrung machte ich auch im Kanton Uri. Wenn jemand im Schächental wohnt, greift er am Sonntag lieber zu seiner eigenen Zeitung als zu einem überregionalen Sonntagsblatt. Allein schon deswegen stehe ich hinter den St. Galler Ambitionen.

Themenwechsel: Vor wenigen Wochen wurde vom Schweizer Volk die Zweitwohnungsinitiative von Franz Weber überraschend angenommen. Fühlen sich die Bergler wirklich vom Unterland bevormundet? Droht ein neuer «Röstigraben»?

Ich glaube schon, dass die Bergregionen nach der Abstimmung das Gefühl hatten, sich einem Städtediktat unterwerfen zu müssen. Dies, obwohl auch einzelne Bergregionen dem Ansinnen Webers zugestimmt haben. Es ist auch nicht so, dass die Bergregionen

«Auch im Unterland gibt es Zweitwohnungen. Hatte Franz Weber diese auch gemeint?»

früher unbeschränkt Zweitwohnungen zugelassen haben. Das zeigt das Beispiel von Zermatt mit einem Erstwohnungsanteil von 40 Prozent. Ich bin überzeugt, dass das Berggebiet schon bald die Ausfälle in Form von Subventionen kompensiert haben will.

Aber Hand aufs Herz: Wird die Weber-Initiative wirklich umgesetzt? Die berühmte Alpeninitiative, welche 1993 angenommen wurde, ist vollständig im Sande verlaufen.

Man darf die Wirkung der Alpeninitiative nicht unterschätzen, da sie die Einführung der Schwerverkehrssteuer mit sich brachte. Eine vollständige Durchsetzung war aber damals nicht möglich, da wir andernfalls gegenüber Europa unter die Räder gekommen wären. Unser Problem besteht darin, dass mittlerweile Initiativen angenommen werden, die nicht wortgetreu umgesetzt werden können. Ich denke dabei unter anderem an die Rothenturm-Initiative zum Schutz der Moore oder an den Alpenschutzartikel. Nun befassen wir uns mit dem Zweitwohnungsproblem. Die Frage ist, was 2012 tatsächlich gilt ...

... das Problem beginnt bereits im Unterland.

Exakt. Im Unterland gibt es auch Zweitwohnungen. Aber hat Franz Weber mit seiner Initiative auch diese gemeint? Die Zweitwohnungsinitiative richtete sich auch nicht gegen den Tourismus, sondern tangiert vor allem die Bauwirtschaft. Der Kanton Wallis registriert trotz einer hohen Anzahl von Zweitwohnungen weniger Übernachtungen. Wer über den Klausenpass fährt, erkennt schon bald, dass viele Ställe in Ferienwohnungen umgewandelt wurden. Handelt es sich dabei um Zweitwohnungen oder nicht?

Zur Person

Franz Steinegger wurde am 8. März 1943 in Flüelen/UR geboren. Nach der Matura studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und arbeitete danach in einer eigenen Anwaltskanzlei. Nach seiner Wahl in den Gemeinderat seines Heimatorts amtierte er 1977 als Präsident der FDP Uri. 1980 folgte der Sprung in den Nationalrat. Ab 1989 übernahm Steinegger zudem das FDP-Präsidium Schweiz. Der Politiker nahm auch weitere Aufgaben wahr, unter anderem stand der 69-Jährige dem Schweizer Tourismus-Verband sowie dem Schweizer Alpen-Club vor. Im Februar dieses Jahres wurde er zum interimistischen Verwaltungsratspräsidenten der NZZ-Mediengruppe gewählt. Der zweifache Vater lebt in Flüelen/UR.

Wenn ja, würde es bedeuten, dass Unterschächen einen hohen Zweitwohnungsanteil hat. In der Realität erhält man die bestehenden Bausubstanzen, damit diese nicht verfallen. Wenn diese aber unter das Zweitwohnungsgesetz fallen, ist niemand mehr an einem entsprechenden Unterhalt interessiert. Diese Fragen gilt es zu lösen.

Kann jetzt das umstrittene Sawiris-Projekt nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative überhaupt noch fertiggestellt werden?

Ich gehe davon aus, dass die Baubewilligungen, die im Verlauf dieses Jahres erteilt werden, nicht infrage gestellt werden können. Allerdings ist Bundesrätin Leuthard bei dieser Frage anderer Meinung als die Gebirgskantone. Die Initiative sagt deutlich, dass Baubewilligungen für Zweitwohnungen ab 1.1.2013 nichtig sind. Die Herausforderung besteht darin, die Verlässlichkeit der Bewirtschaftungsverträge zu organisieren.

Sie gehören zu den wenigen Urnern, die diesem Sawiris-Projekt eher kritisch gegenüberstehen.

Das stimmt nicht ganz. Ich begrüße es, dass in Andermatt das verlassene Waffenplatzgelände für ein Resort genutzt wird. Damit wird das fehlende Militär kompensiert. Als Präsident der Andermatt-Gotthard-Sportbahnen muss ich aber überrissene Erwartungen in einen plötzlichen Zustrom von Skifahrern dämpfen. Samih Sawiris ist Touristiker und Immobilienmensch. Das Know-how für die Bergbahnen liegt aber eher beim Verwaltungsrat dieser Bahnen und bei den zugezogenen schweizerischen Experten. Zudem sollte die Region einen bestimmenden Einfluss auf die Bergbahnen behalten.

Hat er Sie nie um Rat gefragt?

Wir haben verschiedentlich diskutiert. Die sehr realistische Strategie der Bergbahnen war aber in Konkurrenz zu grossen Visionen gewisser Berater und auch politischen Stellen, welche den harten Verdrängungskampf im Tagestourismus der Schweiz eher unterschätzen. Die Zahl der Skifahrer hat abgenommen, weshalb die Zahl der warmen, das heisst bewirtschafteten Betten der wichtigste Treiber für den Ausbau der Skianlagen ist. Diese Zahlen sind mindestens drei Jahre im Voraus bestimmbar, sodass die Kapazitäten bei den Transportanlagen immer rechtzeitig



Franz Steinegger: «Als Präsident der Andermatt-Gotthard-Sportbahnen muss ich überrissene Erwartungen dämpfen.»

angepasst werden können. Es ist auch falsch zu glauben, dass sich Immobilien leichter verkaufen lassen, indem man viele Seilbahnen realisiert. Das hat im gesamten Alpenraum nicht funktioniert – und wird auch in Andermatt nicht funktionieren. Doch momentan hat Herr Sawiris in Ägypten grössere Probleme als bei uns.

Sprechen wir über die Politik, aus der Sie sich vor zwölf Jahren zurückgezogen haben. Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der Schweiz?

Im Vergleich zu anderen Ländern stehen wir hervorragend da. Die tiefen Schulden sind zu einem Exportschlager geworden. Man erkennt dadurch, dass es auch bei politischen Entscheidungen eine gewisse Nachhaltigkeit gibt. Wir haben bereits in den Neunzigerjahren diese Entwicklung vorausgesehen, und dank kluger Gesetze konnten wir die Grundlage für eine solche positive Entwicklung schaffen. Zudem gehört die Schweiz zu den wenigen Ländern in Europa, welche grosse Infrastrukturvorhaben, wie die Neat oder

die Nationalstrasse, realisieren und finanzieren konnten.

«Ich betrachte es als Ehre, dass mich Köppels *Weltwoche* zu einem «Feindbild» erklärt hat.»

Bedauern Sie bestimmte politische Entwicklungen?

Die Sozialwerke, das Gesundheitswesen und die Sicherheitspolitik beschäftigen mich nach wie vor. Man hätte eine vernünftige Sicherheitspolitik definieren sollen, aber das ist offenbar unmöglich. Trotzdem bleibe ich dabei: Dank einer klugen Politik Ende der Neunzigerjahre, mit klaren verfassungsmässigen Rahmenbedingungen im Finanzbereich und mit den bilateralen Verträgen in Europa, stehen wir heute gut da. Auch wenn die *Weltwoche* und Roger Köppel dauernd das Gegenteil predigten ...

Für die *Weltwoche* sind Sie ein Feindbild ...

Ich betrachte diese Tatsache als Ehre. Köppels Theorie, wonach wir in den Neunzigern nur so mit dem Geld um uns geschmissen hätten, ist so falsch, dass man bereits wieder darüber lachen muss. Traurigerweise übernehmen einige FDP-Politiker seine Meinung, ohne gründlich darüber nachzudenken. Roger Köppel spricht immer wieder von einer Ausgabenexplosion, die in den Neunzigern ihren Anfang nahm, doch dies trifft überhaupt nicht zu. Der Sanierungsbefehl wurde 1998/1999 entwickelt und vom Volk in zwei Abstimmungen sanktioniert. Dies wird Köppel kaum bestreiten können, aber er muss wohl eine andere Haltung einnehmen, um seiner Rolle gerecht zu werden. Er möchte aus der FDP einen Schosshund der SVP machen.

Der Vorwurf lautet, Sie hätten die reine FDP-Lehre auf sympathische Art verspielt.

Das Gegenteil ist der Fall. Bei der Ausländerpolitik habe ich am Parteitag 1993 in Frauenfeld von «humanitärem Kitsch» gesprochen.

ANZEIGE

1/2 Inserat SBB



Franz Steinegger absolvierte ein Rechtsstudium in Zürich zusammen mit Christoph Blocher und Moritz Leuenberger.

Da hat Christoph Blocher noch geschlafen. Bei den Finanzen war in den Neunzigerjahren alles blockiert. Ausgerechnet wir haben Finanzminister Kaspar Villiger seinerzeit nahegelegt, eine demokratische Legitimation zu holen, damit wir die Bundesfinanzen in Ordnung bringen können. Das hat er dann auch gemacht.

Sie gelten heute noch als FDP-Ikone ...

(Lacht.) Das ist nicht mein Problem. Ich dränge mich wirklich nicht in den Vordergrund. Aber ich sage etwas, wenn ich gefragt werde. Man kann sich nicht immer verweigern.

Wie beurteilen Sie den heutigen Zustand der FDP?

Die Baisse ist erreicht, inzwischen profitieren wir von den Fehlern der anderen. Christoph Blocher in Ehren, aber es gibt immer mehr Menschen, die der Meinung sind, er solle das Zepter nun anderen überlassen. Wir können davon nur profitieren.

Wie schätzen Sie die Wahl von Philipp Müller zum neuen FDP-Präsidenten ein?

In den Sachgebieten, mit denen er sich bis anhin befasst hat, erweist er sich als sattelfest. Seine Sprache wird von breiten Kreisen verstanden. Das sind gute Voraussetzungen. Letztlich ist aber auch ein Präsident vom Engagement der Fraktionsmitglieder und so weiter abhängig.

«Ich habe es nie bereut, dass ich nicht Bundesrat geworden bin.»

Christoph Blocher gehört zu Ihren ehemaligen Studienkollegen.

Wir haben zur selben Zeit an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studiert. Ich mag mich noch gut an ihn erinnern: Bereits damals trug er eine Krawatte und hatte immer eine grosse Mappe dabei. Martin Ebner trug schon damals eine Fliege. Unter den Studierenden befanden sich auch Lili Nabolz und Moritz Leuenberger. Da ich aber in Horgen wohnte, hatte ich mit ihnen wenig Kontakt.

Weshalb haben Sie sich seinerzeit für das Jura-studium entschieden?

Ich träumte zunächst davon, Forstingenieur zu werden. Im Laufe der Jahre zog ich ein Jurastudium in Betracht, um die politischen Zusammenhänge besser zu verstehen. Meine erworbenen Kenntnisse im Gymnasium konnte ich somit vergessen und musste von vorne beginnen.

Hatten Sie nie das Bedürfnis, den Kanton Uri zu verlassen?

Eigentlich wäre ein solcher Schritt vorgesehen gewesen, aber damals herrschte im Kanton Uri ein Akademikermangel. Während meines Anwaltpraktikums fragte mich der damalige Staatsschreiber, ob ich sein Stellvertreter werden wolle. So blieb ich hier hängen und stieg bereits in jungen Jahren in die Politik ein. Als Nationalrat in Uri kann man zudem schlecht auswandern.

Sie galten als ewiger Bundesratskandidat.

Ärgert man sich da über verpasste Chancen?

Nein. Politische Wahlen sind immer auch Konstellationsfragen. Die Tatsache, dass ich im Kanton Uri früh Nationalrat gewor-


den bin, ist auf eine solche Gegebenheit zurückzuführen. Mein Vorgänger starb überraschend, sodass ich nachrücken konnte. In Uri ist der Nationalratssitz traditionell bei der FDP, während die CVP die Ständeräte stellt. Als Kaspar Villiger nach der Kopp-Affäre für den Bundesrat kandidierte, war mir klar, dass ich mich innerhalb der Fraktion mit dem zweiten Rang begnügen musste. Regionale Gesichtspunkte spielen bei den Bundesratswahlen immer eine Rolle. Kaspar Villiger gehörte als Industrieller und Präsident der Aargauer Handelskammer zu den FDP-Prototypen.

Aber der Zivilstand spielte Ende der Achtzigerjahre auch eine Rolle. Sie waren im Konkubinat ...

Mit Sicherheit. Diejenigen, welche sich ohnehin gegen mich stellten, hatten nun eine schöne Begründung. Als es 2003 um die Nachfolge von Kaspar Villiger ging, war ich seit zwei Jahren nicht mehr Parteipräsident und hatte auf die Wiederwahl als Nationalrat verzichtet. Damals schlug man ein Zweier-

ticket vor. Hans-Rudolf Merz zog jedoch eine Konkurrenz mit Christine Beerli vor, und damit musste ich mich abfinden. Bei Christine Beerli war es dasselbe. Ich war für beide Kandidaten ein zu starker Partner. Doch ehrlich gesagt, ich habe dies nicht bereut.

Wirklich?

Wirklich. Zwei Politikerkollegen, die mir damals ihre Unterstützung zugesichert hatten, konnten nicht an der Fraktionssitzung teilnehmen. Als ich einen Kollegen einige Zeit später in Anwesenheit meines damaligen zehnjährigen Sohnes traf, meinte dieser: «Wenn ich an der Sitzung teilgenommen hätte, wäre dein Vater Bundesrat geworden.» Darauf antwortete mein Sohn: «Glücklicherweise waren Sie nicht dabei.» Damit waren die letzten Zweifel vorbei. 

ANZEIGE

1/2 Inserat Messerli